

fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 01 · 15.02.2010

*Inhalt

- 02 100 Tage Chaos, Klientelpolitik und Wählertäuschung
- 03 Editorial
- 04 Kurzarbeit verhindert drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit
- 04 Ferienjobs nicht als Einkommen anrechnen
- 05 Strategie für nachhaltiges Wachstum
- 06 Lasten der Krise gerecht verteilen – Finanzmärkte regulieren

Thema Arbeitsgesellschaft im neuen Jahrzehnt gestalten

- 07 Die soziale Spaltung bekämpfen

Thema Afghanistan

- 09 Klare Abzugsperspektive erforderlich
- 11 Bundeshaushalt 2010: Schwarz-Gelb vernebelt bis zur NRW-Wahl
- 12 Richtige Lehren aus Kopenhagen ziehen
- 13 Kinderschutz wirksam verbessern
- 14 Eine BAföG-Garantie für 100.000 zusätzliche Studierende
- 14 Mittelkürzung beim Kampf gegen Rechtsextremismus?
- 15 Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene
- 15 Sexuelle Identität im Grundgesetz schützen
- 16 Zusatzbeiträge: Schwarz-Gelb lässt Versicherte die Zeche zahlen

Konferenz der
SPD-Bundestagsfraktion
„10 Jahre EEG“
Durchbruch für
Erneuerbare Energien
Do, 25. Februar 2010
15 – 20 Uhr
im Reichstagsgebäude, Berlin

Anmeldung bis 22. Februar
schaulandt@spdfraktion.de
www.spdfraktion.de

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

100 Tage Chaos, Klientelpolitik und Wählertäuschung

Diese 100 Tage waren mehr als ein Fehlstart. Das war politisches Totalversagen. Schwarz-Gelb ist ein Risiko für Deutschlands Zukunft. Union und FDP starteten mit einem Vertrauensvorschuss, der bereits jetzt aufgebraucht ist. Die Unzufriedenheit wächst. Inzwischen bescheinigt nahezu jeder Zweite der Regierung schlechte Arbeit (Politbarometer, 29.01.2010).

100 Tage Klientelpolitik und Selbstbedienung

Schwarz-Gelb stellt Lobbywünsche vor das Gemeinwohl und Parteiinteressen vor die Interessen des Landes. Die Bundesregierung macht den Staat zur Beute mächtiger Lobbyisten. Union und FDP haben erst die Hand aufgehoben, jetzt bedienen sie Wünsche. Deshalb stehen sie im Verdacht der Käuflichkeit. Und die Lobby holen sie sich direkt ins Haus: Atomlobbyist Gerald Hennendörfer ins Umweltministerium und den Ex-Vizedirektor des Verbandes der Privaten Krankenversicherung ins Gesundheitsministerium. Auch Selbstbedienung liegt bei Schwarz-Gelb im Trend. Da wird die Ministerialverwaltung aufgeblasen, um Getreue gut und teuer zu versorgen. Allen voran die FDP, die noch vor der Wahl Posten streichen wollte, um zu sparen. Nichts als Heuchelei! Rund 1 000 Stellen mehr in Ministerien und nachgeordneten Behörden – das leistet sich Schwarz-Gelb.

100 Tage Vertagung, Chaos und Zankereien

Koalitionsvertrag, Regierungserklärung, Klausurtagung oder Krisengipfel: Nirgendwo konnte Schwarz-Gelb die wichtigsten Fragen klären. Noch nie gab es eine solche Verschleppung von Entscheidungen. Viel Krach, keine Bewegung. Das Kabinett als Kabarett. Vor allem aber: Verantwortungsloses Führungsversagen in zentralen Fragen: Chaos bei Gesundheit, Chaos bei Arbeit, Chaos bei Steuern und Staatsverschuldung. Ministerrücktritt in Rekordzeit: Seine Falschinformationen als Verteidigungsminister haben Arbeitsminister Jung den Stuhl gekostet. Rücktrittsdrohung bevor es los geht: „Jungstar“ Gesundheitsminister Rösler will seinen Posten aufgeben, falls er die unsoziale Kopfpauschale nicht durchsetzen kann.

100 Tage Wähler-Täuschung und Heuchelei

Schwarz-Gelb verschweigt den Menschen die Kosten von Klientelpolitik und Chaos: Steigende Abgaben, Prämien, Gebühren und scharfe soziale Einschnitte für die meisten Menschen. Zusatzprämien bei der Gesundheit sind erst der Anfang.

„Mehr Netto vom Brutto“ wird als „Nettolüge“ in die Geschichte eingehen. Schwarz-Gelb wird teuer. Auch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern kann noch kommen. Aber vor der Wahl in NRW wird alles vernebelt.

Schwarz-Gelb stellt die Weichen falsch

Wirtschaftliche Lähmung und soziale Spaltung, Rekordverschuldung und Steuersenkungen auf Pump, Ruin der Kommunen, Fehlentscheidungen bei den JobCentern, Blockieren von Mindestlöhnen, Gefährdung unseres Gesundheitssystems, keine Beschäftigungs-, keine Investitions-, keine Wachstumsstrategie. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf:

- die Klientelpolitik zu beenden und das Steuerprivileg für Hoteliers zurück zu nehmen. Das schafft eine Milliarde Euro für Zukunftsinvestitionen.
- die Kopfpauschale zu stoppen und unser solidarisches Gesundheitssystem zu sichern, z. B. durch Kostenkontrolle bei Bürokratie und Arzneimittelpreisen.
- die Job-Center verfassungsrechtlich abzuschaffen. Wir sind zu zügigen Verhandlungen über eine Grundgesetzänderung bereit.
- auf eine unbezahlbare Steuerreform zu verzichten, die Besserverdiener begünstigt, während viele Menschen davon nichts haben. Stattdessen muss die Abgabenlast der unteren und mittleren Einkommen sinken.
- eine offene und ehrliche Debatte über die Finanzlage von Bund, Ländern und Kommunen mit der Bereitschaft zu führen, sehr hohe Einkommen von über 125.000 Euro über einen „Bildungssoli“ und spekulative Börsengeschäfte mit einer Finanztransaktionssteuer an Zukunftsinvestitionen zu beteiligen.
- die Bildungsinvestitionen um 10 Milliarden Euro jährlich zu steigern.
- die Einführung von Mindestlöhnen schnell weiter zu entwickeln.
- den Atomkonsens umzusetzen und eine Investitionsoffensive für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zu starten.
- endlich bei der Regulierung der Finanzmärkte zu handeln.

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

etwas über einhundert Tage ist die schwarz-gelbe Koalition alt. Die Bilanz fällt verheerend aus. Noch nie ist eine Bundesregierung so schlecht gestartet wie diese. Die Bürgerinnen und Bürger im Land spüren das. Die Zustimmung, insbesondere für die FDP, schwindet rasant. Statt sich zusammenzuraufen und sich den Problemen des Landes zu widmen, reagieren CDU, CSU und FDP panisch. Es vergeht kein Tag ohne Streit, keine Woche ohne Krisengipfel. Wir Sozialdemokraten hingegen stellen uns besonnen und konsequent neu auf. Wir treiben diese Regierung vor uns her.

Ganz besonders haben die Kommunen unter dieser Regierung zu leiden. Anfang Februar habe ich deshalb mit Hannelore Kraft in Düsseldorf einen Rettungsschirm für kommunale Finanzen vorgestellt.



Wir fordern von der Bundesregierung:

Als Sofortmaßnahme das Mehrwertsteuerprivileg auf Hotelübernachtungen zurückzunehmen. Das allein spart uns eine Milliarde Euro. Darüber hinaus sind die kommunalen Einnahmeausfälle infolge des sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ zu kompensieren. Außerdem wollen wir einen Kommunalschirm über die kommenden zwei Jahre. In diesem Zeitraum gilt es, die krisenbedingten Lasten bei den Sozialausgaben der Kommunen auszugleichen. Wir setzen uns deshalb für eine an den tatsächlichen Kosten der Kommunen ansetzende Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft ein.

Diese Maßnahmen sind notwendig, denn die Lage in den Kommunen ist dramatisch. Viele Städte und Gemeinden sind aufgrund der Wirtschaftskrise bereits völlig überfordert. Die Kosten für die Klientelpolitik der Bundesregierung, die Steuersenkungen für Hoteliers und Erben großer Vermögen, werden sie in den Ruin treiben. Kindertagesstätten, Theater, Schwimmbäder – alles steht auf der Streichliste. In manchen Kommunen wird nachts sogar schon an der Straßenbeleuchtung gespart.

Der Opportunist Rüttgers hat inzwischen gemerkt, dass ihm der Wind ins Gesicht bläst und die Menschen der Koalition diese Politik übel nehmen. Dabei hat seine Landesregierung allein den Kommunen mehrere hundert Millionen entzogen. Der Koalitionsvertrag im Bund wurde von ihm mitverhandelt, er hat in Vorstand und Präsidium der CDU zugestimmt. Nun stellt sich Rüttgers hin und fordert erst die Rücknahme der Geschenke an die Hoteliers und kündigt dann sein Veto gegen die von ihm beschlossene Steuerreform im Bundesrat an. Das ist eine doppelte Rolle Rüttgers. Wir müssen das tagtäglich in Erinnerung rufen und unsere Vorschläge für eine bessere Politik dagegensetzen.

Union und FDP sind in NRW und im Bund im steilen Sinkflug. Die Zahl der Konflikte nimmt täglich zu. Die Verantwortungslosigkeit der geplanten Steuersenkungsorgien, die Entsolidarisierung im Gesundheitssystem, die Klientelpolitik und die Abkehr vom Atomausstieg – all das müssen wir weiter scharf kritisieren. Dann ist der Denkkzettel für Schwarz-Gelb am 9. Mai in Nordrhein-Westfalen fällig.

Es ist gut, dass das Bundesverfassungsgericht jetzt Klarheit bei der Bemessung der Regelsätze für die Grundsicherung und die Sozialhilfe geschaffen hat. Die SPD wird dafür streiten, dass alle Kinder in diesem Land gleiche Chancen bekommen. Deshalb haben wir bereits vor der Bundestagswahl eigenständige Regelsätze für Kinder gefordert. Aber das reicht nicht aus, wir brauchen gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Master, mehr Ganztagschulen und ein kostenfreies Mittagessen. Das beste Mittel gegen Kinderarmut ist und bleibt, dass die Eltern mit ihrer Arbeit ihre Existenz und die ihrer Kinder sichern können. Darum braucht Deutschland endlich einen gesetzlichen Mindestlohn. Es kann nicht sein, dass die Steuerzahler die Dumpinglöhne der Arbeitgeber aufstocken. Schwarz-Gelb ist auf diesem Ohr taub. Das zeigt, dass es auf uns Sozialdemokraten ankommt. Hier werden wir Seite an Seite mit den Gewerkschaften weiter Druck machen.

Dr. Frank-Walter Steinmeier
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Kurzarbeit verhindert drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit

Wir wollen die Fortführung und Ergänzung eines der erfolgreichsten arbeitsmarktpolitischen Instrumente der letzten Bundesregierung: die Kurzarbeit. Ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland infolge der Finanzkrise konnte vor allem durch die Regelungen zur Kurzarbeit verhindert werden. Die OECD hat anderen Staaten empfohlen, diese Regelung zu übernehmen. Auch Deutschland muss vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktprognosen an der Kurzarbeit festhalten. Die Prognosen für 2010 und darüber hinaus zeigen deutlich, dass Kurzarbeit auch weiterhin ein Hauptelement der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland sein muss.

Konditionen für Kurzarbeit verbessern

Die von Schwarz-Gelb beschlossenen Maßnahmen zur Kurzarbeit gefährden die Beschäftigungssicherung in der Krise. Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung in einem Antrag auf, die maximale Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld nicht wie beschlossen auf 18 Monaten zu begrenzen, sondern auf 36 Monate anzuheben. Zudem muss die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge über den gleichen Zeitraum weitergeführt werden, damit das Kurzarbeitergeld gerade für kleinere und mittlere Unternehmen nicht an Attraktivität verliert. Auch die Regelungen zur Weiterqualifizierung von Arbeitnehmern in Kurzarbeit müssen über den 31. Dezember 2010 hinaus um ein weiteres Jahr verlängert werden. Qualifikation ist ein wesentlicher Schutz gegen Arbeitslosigkeit. Wenn die Bundesregierung jetzt nicht konsequent handelt, sind Massenentlassungen in den Unternehmen die Folge.

Ferner sollen folgende Regelungen über Dezember 2010 hinaus verlängert werden:

- ein erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld (Nachweis Entgeltausfall von mehr als 10 Prozent),
- kein Abbau der Arbeitszeitkonten vor Bezug von Kurzarbeitergeld,
- die Möglichkeit für Zeitarbeitsfirmen mit ihren Leih-/Zeitarbeitern Kurzarbeit zu vereinbaren.

Ferienjobs nicht als Einkommen anrechnen

Viele junge Menschen verdienen sich durch Ferienjobs etwas hinzu. Sie wollen sich damit kleine alltägliche Wünsche erfüllen. Gleichzeitig sammeln sie so erste Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt. Bei Jugendlichen aus SGB II Bedarfsgemeinschaften wird das Einkommen aus einem Ferienjob als laufende Einnahme behandelt und in dem Monat, in dem es zufließt, auf das Sozialgeld angerechnet. Ein Ferienjob verliert dadurch nicht nur an Attraktivität. Es ist auch demotivierend, wenn Klassenkameraden den vollen Lohn zur Erfüllung ihrer Wünsche behalten dürfen, junge Menschen aus SGB II Bedarfsgemeinschaften jedoch wesentliche Teile ihrer Einkünfte zur Bestreitung des allgemeinen Lebensunterhaltes der Familie einsetzen müssen.

Eine Beschäftigung von Jugendlichen während der Schulferien ist nach derzeitiger Rechtslage bis zu vier Wochen pro Kalenderjahr möglich. Die Beschäftigungszeit muss nicht zusammenhängend sein. Sie kann auf verschiedene Schulferien im Kalenderjahr verteilt werden. Der Arbeitgeber hat sich vor Beginn der Beschäftigung zu vergewissern, dass die vier Wochen noch nicht überschritten sind oder durch die Tätigkeit bei ihm überschritten werden.

Aus Gerechtigkeitsgründen, aber auch aus Gründen der Chancengleichheit, sollen angemessene Einnahmen aus einem Ferienjob künftig nicht als Einkommen im Sinne des SGB II berücksichtigt werden. Dazu haben wir einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht. Es geht dabei um Schüler, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen.



Strategie für nachhaltiges Wachstum

Unser Land befindet sich seit über einem Jahr in der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Sie ist keineswegs überstanden – ein schwieriges Jahr 2010 steht uns bevor. Ein sich selbst tragender Aufschwung ist nicht in Sicht.

Deshalb müssen die Weichen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung jetzt gestellt werden – wir brauchen eine Politik für nachhaltiges Wachstum mit Investitionen in Bildung und Innovation. Die bislang von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen wie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die von Schwarz-Gelb für 2011 geplante Steuerreform werden keine nennenswerten wachstumsfördernden Impulse bringen. Im Gegenteil: Diese Maßnahmen steigern die Staatsverschuldung dramatisch und schwächen die Finanzkraft von Bund, Ländern und Kommunen.

Gestärkt aus der Krise kommen

Wir stellen der Politik von Schwarz-Gelb ein Konzept der wirtschaftlichen Vernunft entgegen: Anlässlich der Debatte über den Jahreswirtschaftsbericht 2010 der Bundesregierung hat die SPD-Bundestagsfraktion mit einem Antrag ein Konzept für nachhaltiges Wachstum vorgelegt. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, schlagen wir eine intelligente Wachstumsstrategie vor, die nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet.

Neue Investitionskultur und Binnennachfrage schaffen

Das Hauptaugenmerk unserer Strategie liegt darin, eine neue Investitionskultur zu schaffen. Dazu müssen die privaten, aber auch die öffentlichen Investitionen gesteigert werden. Um mehr unternehmerische Investitionen auszulösen, kommen vor allem verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten, Investitionszulagen für ressourcensparende Investitionen und gezielte Existenzgründungshilfen in Betracht. Für ökologisch wirksame Investitionen sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden. Gleichmaßen brauchen wir mehr öffentliche Investitionen in Bildung, Innovation und Infrastruktur.

Des Weiteren muss eine bessere Balance der deutschen Volkswirtschaft durch eine gezielte Stärkung der Binnenwirtschaft erreicht werden. Für mehr Nachfrage und um Beschäftigte gegen Dumpinglöhne abzusichern, sind in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne zu unterstützen. Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn als unterste Grenze.

Weitere Elemente des Konzeptes sind die gezielte Regulierung der Finanzmärkte und wirksame Maßnahmen zur Sicherstellung der Kreditversorgung, vor allem für den Mittelstand. Mit einer Modernisierung traditioneller industrieller Zweige wird der Kurs der Wirtschaft ins Zeitalter der Energie- und Rohstoffeffizienz gesteuert. Wir brauchen Wachstum durch Innovationen auf den Leitmärkten der Zukunft. Hierzu ist vor allem auch eine Intensivierung der Forschungsausgaben notwendig – zusätzlich zur bestehenden Projektförderung stellt eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung eine wichtige Ergänzung der Forschungsfinanzierung dar.

Zur Finanzierung nachhaltiger Zukunftsinvestitionen sollen neben dem Abbau von Subventionen eine internationale oder mindestens europäische Finanztransaktionssteuer auf alle Finanztransaktionen eingeführt werden. Darüber hinaus sind die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Wiedereinführung der Vermögensteuer zu schaffen. Auf Spitzeneinkommen ist ein „Bildungssoli“ einzuführen.

Mit Schwarz-Gelb droht Stillstand

Mit dieser Strategie geben wir einen klaren Kurs für nachhaltiges Wachstum vor. Der Jahreswirtschaftsbericht 2010 der Bundesregierung liefert falsche Rezepte. Mit dieser Politik der schwarz-gelben Koalition drohen wirtschaftlicher Stillstand und soziale Spaltung in Deutschland – die Beschäftigten werden die Lasten aus steigender Verschuldung und weiterer Einkommensumverteilung zu tragen haben. Wir werden uns mit unserem Kurs der wirtschaftlichen Vernunft entschieden gegen diese Politik stellen.

Lasten der Krise gerecht verteilen – Finanzmärkte regulieren

Teile der Bundesregierung und der schwarz-gelben Koalition schwadronieren über Maßnahmen zur angemessenen Beteiligung der Banken an den Krisenkosten und zur Eindämmung von Finanzmarktspekulationen und Boni-Exzessen: Manches – so die Kanzlerin oder auch der Bundesfinanzminister und andere – sei denkbar, möglich, wünschenswert; anderes dann aber eher nicht oder unter bestimmten Bedingungen doch usw. Aber konkret bewegt wird von Merkel und Schäuble kaum etwas.

Aktionsplan für Deutschland überfällig

Den dringend überfälligen Aktionsplan für Deutschland, der den deutschen Beitrag zur Stabilisierung von Finanzmärkten und Bankensektor klar definiert, gibt es immer noch nicht. Jetzt schon ohne weiteres mögliche Gesetzentwürfe der Bundesregierung – z. B. zur Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Boni als Betriebsausgaben – werden nach wie vor nicht vorgelegt.

Regierung soll Vorschläge von Obama prüfen

Merkel, Schäuble und andere in der Koalition verweisen immer wieder darauf, man brauche bei allen anstehenden Fragen erst eine internationale Abstimmung und Übereinkunft. Nationale Alleingänge schaden nur dem Finanzplatz Deutschland. US-Präsident Obama hat mit seinen aktuellen Initiativen zur Finanzmarkt- und Bankenstabilisierung sowie zur Beteiligung des Bankensektors an den Krisenkosten gezeigt, dass es auch anders geht. Entsprechend aufgeschreckt ist die deutsche Regierung zur Zeit.

Ob das allerdings dazu führt, dass von Schwarz-Gelb endlich konkrete Konzepte entwickelt werden, ist fraglich. Bisher laufen alle drei Koalitionspartner

CDU, CSU und FDP bei allen wichtigen Finanzmarktfragen meilenweit auseinander; bisher haben Merkel und Schäuble es versäumt, hier Ordnung zu schaffen. Aber die deutsche Regierung ist national wie auch unter den europäischen Partnern und im G20-Kreis nur handlungsfähig, wenn sie eine einheitliche und klare Linie hat. Inwieweit die von Präsident Obama angestrebten Maßnahmen sich für die deutschen und europäischen Verhältnisse eignen, ist umgehend von der Regierung zu prüfen.

SPD hat klare Positionen vorgelegt

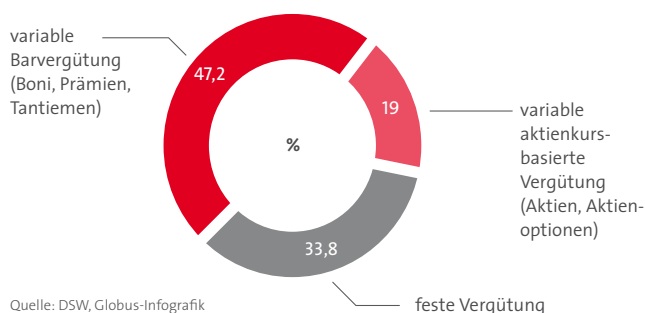
Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Gegensatz zur Bundesregierung eine klare Position. Wir verstecken uns nicht hinter einem noch fehlenden internationalen Konsens; nationale Maßnahmen sind möglich. Um die Regierung weiter zu treiben, haben wir dem Deutschen Bundestag zwei Anträge vorgelegt, die am 29. Januar im Plenum debattiert worden sind und verschiedene Maßnahmen gegen Finanzmarktspekulation, Boni-Exzesse und zu einer besseren finanziellen Heranziehung von Banken enthalten.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- sich konsequent für die Einführung einer internationalen oder mindestens europäischen Finanztransaktionsbesteuerung einzusetzen. Kann weder eine internationale noch eine europäische Übereinkunft erreicht werden, soll als erster Schritt eine nationale Börsenumsatzbesteuerung nach britischem Vorbild eingeführt werden.
- die zuletzt erste Erfolge zeigenden nationalen und internationalen Maßnahmen gegen Steuer-oasen und Steuerhinterziehung mit Nachdruck weiter zu führen.
- bei der Umsetzung ihrer Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Deutschland auf alle Maßnahmen zu verzichten, die die Aufsicht institutionell oder personell schwächen könnten.
- für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu sorgen.
- umgehend eine wirksame Begrenzung der Banker-Boni durchzusetzen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben muss sofort umgesetzt werden.

Die Gehälter der DAX-Vorstände

Durchschnittliche Vergütung der DAX-Vorstände 2008:
2,28 Mio. Euro (einschl. Vorstandsvorsitzende) davon entfielen auf:



Die soziale Spaltung bekämpfen

2010 beginnt ein Jahrzehnt zentraler Weichenstellungen. Wir sind konfrontiert mit nochmals beschleunigter Internationalisierung der Wirtschaft, mit einer Neuverteilung der globalen Gewichte, mit steigender Nachfrage nach Energie und Rohstoffen, der Suche nach einem nachhaltigen Wachstumsmodell, nach einer verbindlichen Ordnung für die Finanzmärkte und nach einem Ausweg aus der sozialen Spaltung der Gesellschaften. Deregulierung ist als Lösungsweg für alle Probleme am Ende. Wir brauchen einen neuen politischen Aufbruch und neue Antworten. Als eine der größten Volkswirtschaften muss unser Land Vorreiter sein.

Schwarz-Gelb bedeutet die Rolle-rückwärts in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik: Radikalisierendes Konkurrenzdenken und rücksichtslose Vorteilsuche auf Kosten des Gemeinwohls. Spätestens durch die Gefahren und Kosten des Klimawandels und der Finanzmarktkrise ist dieses Politikmodell ad absurdum geführt. Schwarz-Gelb riskiert damit Deutschlands Zukunft.

Wir wollen gesellschaftlichen Fortschritt. Das heißt: nachhaltig erwirtschaftetes Wachstum und neue Arbeit mit Teilhabe und Integration zu vereinen.

Umfassendes Konzept für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Im Folgenden stellen wir zentrale Inhalte des Positionspapiers dar, das die SPD-Bundestagsfraktion auf ihrer Klausur am 15. Januar vorgelegt hat. Es bildet die Grundlage unserer programmatischen Arbeit in den kommenden zwei Jahren. Wir werden gemeinsam mit Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft ein umfassendes Konzept für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des neuen Jahrzehnts entwickeln. Parallel dazu bringen wir unsere Forderungen und Vorschläge in den Bundestag ein.

Nachhaltiges Wachstum braucht ökologisch innovative Produktion

Wir brauchen eine modernisierte Industrie für den ökologischen Umbau der Mobilität, des Wohnens, der Energieerzeugung und -einsparung sowie der CO₂-Minderung; kurz: für den Umbau der gesamten Wirtschaft. Wir brauchen das produzierende Gewerbe für hochwertige Arbeitsplätze und als Kern für unternehmensnahe Dienstleistungen. Sie erschließen ein enormes Potenzial für neue Exporte und damit für neue Beschäftigung.

- Eine industriepolitische Strategie muss steigende öffentliche und private Investitionen in Schlüsseltechnologien, in intelligente Infrastrukturen, in die Qualifikation der Arbeitskräfte mit langfristig angelegten Unternehmensfinanzierungen verbinden. Wir wollen die öffentlichen Investitionen in Innovation und Infrastruktur steigern. Das erfordert einen handlungsfähigen Staat und stabile Einnahmen der Kommunen.
- Der Atomausstieg muss wie vor zehn Jahren beschlossen umgesetzt werden. Er ermöglicht eine Investitionsoffensive der Kraftwerksbetreiber in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, intelligente Netze und optimierte Kraftwerkstechnik. Deutschland braucht sichere und bezahlbare Energie und moderne deutsche Energietechnologie wird weltweit gebraucht.
- Dem steigenden Anteil von Energie und Material an den Produktionskosten wollen wir mit einer Förderinitiative „Ressourceneffizienz“ entgegenwirken.
- Durch eine umweltbewusste strategische Ausrichtung der öffentlichen Nachfrage können wir fast 60 Milliarden Euro pro Jahr im öffentlichen Einkauf innovativ einsetzen.

Ein Beschäftigungsmotor: der Dienst von Menschen für Menschen

Wir brauchen mehr und gut ausgebildetes Gesundheits- und Pflegepersonal. Dieses Beschäftigungspotenzial setzt einen soliden und solidarisch finanzierten Gesundheitssektor voraus. Die Grundlage dafür ist die Bürgerversicherung: Jeder zahlt nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit ein und bekommt unabhängig von seinem Einkommen die bestmögliche Versorgung.

Nachfrage in Deutschland stärken – Vollbeschäftigung als Ziel

Eine gerechtere Einkommensverteilung stärkt unsere Wirtschaft durch wachsende Binnennachfrage. Deshalb setzen wir auf starke Gewerkschaften, mehr Mitbestimmung, den Erhalt der Tarifautonomie, gute Tariflöhne und eine steigende Lohnquote. Tariftreue soll bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu einem zentralen Kriterium werden.

Unser Ziel ist Vollbeschäftigung. Wir wollen, dass Menschen gute Arbeit haben und nicht dauerhaft mit Sozialleistungen abgespeist werden. Das Normalarbeitsverhältnis muss unbefristet und sozial abgesichert bleiben. Wer Vollzeit arbeitet, muss

davon leben können. Die Zukunft unseres Landes liegt nicht im Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Unsere Stärken sind gut qualifizierte Beschäftigte, hohe Produktivität und Innovationsfähigkeit. Ein allgemeiner, flächendeckender Mindestlohn ist notwendig, um dort, wo keine tarifliche Bindekraft mehr besteht, Lohndumping zu verhindern. Wir treten dem Missbrauch von Leiharbeit entgegen und wollen das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen.

Deutschland braucht eine neue Ordnungspolitik

Die Krise, die auf den Finanzmärkten begann und die Weltwirtschaft mitgerissen hat, zeigt: unregulierte Märkte verursachen unkalkulierbare Risiken. Die Steuerzahler müssen weltweit mit Milliarden dafür haften. Zur Umkehr zu einem nachhaltigen Wachstum brauchen wir eine neue verbindliche Ordnung. Wir wollen eine sozialdemokratische Ordnungspolitik, deren Grundprinzipien sind:

- Investitionen anzukurbeln statt Spekulationen zu befeuern: etwa durch Steuererleichterungen für Forschung und Entwicklung im Mittelstand sowie Steuererhebung auf Finanztransaktionen.
- Wertschöpfung zu stärken statt Wertabschöpfung zu belohnen: Vergütungssysteme müssen so gestaltet werden, dass der langfristige Unternehmenserfolg über kurzfristiger Gewinnmaximierung steht.
- Anreize für sparsamen Umgang mit Energie und Ressourcen setzen und den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft beschleunigen, auch im Steuerrecht.
- Beim Übergang von ehemaligen Monopol- zu Wettbewerbsmärkten (Telekom, Post, Strom, Gas, Eisenbahn) muss Qualitätswettbewerb gesichert sein. Einen Lohndumping-Wettlauf werden wir nicht zulassen.
- Ein gerechtes System von Löhnen, Steuern und Abgaben. Geringe Einkommen sind von Sozialabgaben zu entlasten, Mindestlöhne müssen Sozialdumping verhindern, Löhne müssen steigen, hohe und höchste Einkommen müssen einen gerechten Anteil an Zukunftsinvestitionen und öffentlicher Daseinsvorsorge tragen (Bildungssoli).

Bildung ist Leitprojekt guter Wirtschafts- und Sozialpolitik

Gute Bildung ist der Schlüssel für mehr Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe. Nur wenn jeder Zugang zu exzellenten Bildungsangeboten bekommt, können wir verhindern, dass Deutschland auf ein Dilemma aus hoher Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel zusteuert.

Wir wollen u. a.:

- Einen neuen Ausbildungspakt, um unser international bewundertes Ausbildungssystem zu erneuern.
- Einen Bund-Länder-Pakt zur Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen und der Lehre in Höhe von 3 Milliarden Euro für drei Jahre.
- Die Steigerung des Bundesanteils an den Bildungsinvestitionen um 10 Milliarden Euro jährlich.
- Die Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule.

Sozialer Zusammenhalt und mehr Gleichberechtigung

Wir müssen den Menschen in der sich ständig verändernden neuen Arbeitswelt Sicherheit bieten. Nur wenn wir sozial zusammenhalten, bedeutet der Wandel Freiheit zur Selbstverwirklichung und nicht Bedrohung.

Wir wollen, dass Frauen und Männer ein gleichberechtigtes Leben führen können ohne auf Rollenmuster fixiert zu werden, ohne Gewalt und Diskriminierung. Grundlegend ist die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben.

Sozialen Einstieg ermöglichen und Kinderarmut bekämpfen

70.000 Jugendliche verlassen pro Jahr ohne Abschluss die Schule. Besonders betroffen sind Zuwandererkinder. Auch bei gleichen Leistungen haben sie geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Wir fordern deshalb Priorität für den Einstieg in Bildung: u.a. durch den Ausbau der Kitaplätze, die Gebührenfreiheit für frühe Förderung, die Erweiterung des Schüler-BAföG für einkommensschwache Familien und den weiteren Ausbau der Ganztagschulen. Außerdem wollen wir die bessere Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen, die Einwanderer in ihren Herkunftsländern erworben haben.

Im Kampf gegen Kinderarmut brauchen wir gute Betreuungs- und Bildungsangebote von Anfang an. Alleinerziehende wollen wir besonders unterstützen, da sie von Armut häufiger betroffen sind. In der Familienförderung gilt für uns der Grundsatz: „Jedes Kind ist gleich viel wert“. Dazu wollen wir u.a. den Kinderzuschlag ausweiten und eine Kindergrundsicherung einführen, deren Leistungen dem tatsächlichen Bedarf für eine kindgerechte Entwicklung entsprechen.

Das vollständige Positionspapier kann unter spdfraktion.de/soziale-spaltung-bekaempfen heruntergeladen werden.

Klare Abzugsperspektive erforderlich

Seit 2001 hat Deutschland Verantwortung in Afghanistan übernommen, um zu Sicherheit, Wiederaufbau und Entwicklung des Landes beizutragen. Zu dieser Verantwortung stehen wir auch heute als größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag.

Jetzt geht es darum, die Weichen für einen erfolgreichen Einsatz der 43 Staaten in Afghanistan zu stellen, um den Abzug der deutschen und internationalen Streitkräfte zu ermöglichen. Kein Bundeswehreininsatz im Ausland ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit, so wie es konservative Politiker wie Verteidigungsminister Guttenberg gerne hätten. Jeder Auslandseinsatz muss zeitlich befristet sein. Das gilt auch für den Einsatz in Afghanistan. Deshalb haben Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel die Bundesregierung aufgefordert, den Beginn des Rückzug der Bundeswehr im Jahr 2011 und die Beendigung des Einsatzes in einem zeitlichen Korridor zwischen 2013 und 2015 festzulegen.

US-Präsident Obama hat bereits in seiner „Westpoint“-Rede am 1. Dezember 2009 angekündigt, Mitte 2011 mit dem Abzug der amerikanischen Soldaten aus Afghanistan zu beginnen. Daher müssen in den kommenden Monaten die Anstren-

gungen beim zivilen Wiederaufbau, der Polizei- und Armeeausbildung massiv verstärkt werden, um die Schaffung selbsttragender Sicherheit und funktionstüchtiger staatlicher Strukturen voran zu treiben.

Wir haben die öffentliche Debatte begonnen

Frank-Walter Steinmeier hatte bereits im Spätsommer 2009 mit seinem 10-Punkte-Plan die Richtung vorgegeben. In einem gemeinsamen Positionspapier von Partei und Fraktion, das gegenwärtig auf zahlreichen Veranstaltungen diskutiert wird, wurden nun klare Erwartungen an die Bundesregierung formuliert, um den Afghanistaneinsatz erfolgreich beenden zu können.

Die wichtigsten Punkte für uns sind:

- Der Schutz der Zivilbevölkerung, der auch in der noch verbleibenden Zeit im Mittelpunkt unseres Engagements stehen muss,
- eine deutliche Verstärkung der Aktivitäten im Bereich der Ausbildung und Ausstattung der afghanischen Sicherheitskräfte und eine klare Festlegung auf endgültige Zielgrößen beim Aufbau von Polizei und Armee,
- die Erstellung eines konkreten Zeitplans für die schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte in der Nordregion,

Zahlen, Daten, Fakten zur Entwicklung in Afghanistan

ISAF-MANDAT

- Beschluss und Einsatz ISAF Dezember 2001
- Commander derzeit: General (USA) Stanley A. McChrystal
- 43 truppenstellende Nationen
- ISAF-Truppen insgesamt: etwa 84.150
- Deutsches Kontingent: 4.270; Mandat bis zu 4.500
- 26 Provincial Reconstruction Teams (PRTs)

OEF-MANDAT

Beginn Mandat OEF Oktober 2001 (Deutschland ist seit Ende 2008 nur noch am Horn von Afrika beteiligt, die SPD-Bundestagsfraktion hat der Mandatsverlängerung am 3.12.2009 nicht zugestimmt)

FINANZIELLER UMFANG

- Die internationale Gemeinschaft hat bislang insgesamt ca. 42,3 Mrd. US-\$ für den zivilen Wiederaufbau Afghanistans zugesagt (2002 bis 2011).

- Deutschland hat im Zeitraum von 2001 bis 2010 insgesamt mehr als 1,3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt und ist damit nach USA und Japan drittgrößter bilateraler Geber.
- Umfang der deutschen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr: Auswärtiges Amt: ca. 108 Mio. Euro (2009), Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: ca. 144 Mio. Euro (2009)

AUSBILDUNG POLIZEI/MILITÄR

- Afghan National Army ANA: ca. 95.000 (Ziel 171.000)
- Afghan National Police ANP: ca. 90.000 (Ziel 134.000)

BILDUNG

- Zahl der Schulen (2008): 9.500; seit 2001 wurden mehr als 3.500 Schulen gebaut.
- Gesamtzahl Schüler/Schülerinnen: 6,2 Mio. (mehr als verflochten); davon 2,4 Mio. Mädchen (35 %)

(Unter den Taliban besuchten nur 1 Mio. Jungen die Schule)

GESUNDHEIT

Medizinische Grundversorgung für 80 % (statt 8 % in 2001) der afghanischen Bevölkerung

INFRASTRUKTUR

- Wiederherstellung der wichtigsten Verkehrsroute (sog. „Ring Road“), in deren Einzugsgebiet 60 % der Bevölkerung leben, auf ca. 2.000 km
- Insgesamt ca. 13.000 km Straße rekonstruiert
- Wasserversorgung: In Herat wurde durch deutsche Entwicklungszusammenarbeit Ende 2007 eine Versorgung von 80 % der Stadtbevölkerung erreicht.
- In weiteren städtischen Gebieten (Kabul, Kundus, Mazar) gibt es im Wasser- und Energiebereich ebenfalls sichtbare Fortschritte.

- der Beginn des Rückzugs der Bundeswehr parallel zur angekündigten Reduzierung der US-Truppen im Sommer 2011,
- Entwicklung und zeitliche Einordnung messbarer und qualitativer Fortschrittskriterien bei der Sicherheitssituation, der Armutsentwicklung, der Versorgung der Bevölkerung und bei weiteren Verbesserungen der afghanischen Regierungsführung;
- Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch die afghanische Armee und Polizei bis spätestens 2015, wie von der afghanischen Regierung selbst angestrebt, um die Voraussetzung für die endgültige Beendigung des Einsatzes der Bundeswehr in einem zeitlichen Korridor zwischen 2013 und 2015 zu schaffen,
- die Einbeziehung aller Kräfte des Landes in einen Waffenstillstands-, Friedens- und Versöhnungsprozess,
- deutlicher Aufwuchs der Hilfe beim zivilen Aufbau ohne zeitliche Befristung.

SPD prüft Mandatsantrag kritisch und verantwortungsvoll

Die Bundesregierung hat es in den Wochen vor der Londoner Afghanistankonferenz versäumt, rechtzeitig eine eigene Strategie zu entwickeln, in der sie ihre Vorstellungen vom weiteren Vorgehen in Afghanistan darlegt. Erst Ende Januar konnte sich die Koalition auf ein gemeinsames Konzept verständigen, das die Bundeskanzlerin

einen Tag vor der Londoner Konferenz dem Bundestag präsentierte. Frank-Walter Steinmeier hat in seiner Erwiderung auf Westerwelles Rede am 10. Februar deutlich Position bezogen. Wir begrüßen, dass die

Regierung in mehreren Punkten auf uns zu gekommen ist und SPD-Positionen übernommen hat. Bis zur endgültigen Abstimmung über ein neues Bundestagsmandat am 26. Februar muss die Bundesregierung aber noch erklären, wofür die geplante Reserve von 350 Soldaten vorgesehen ist.

In Verantwortung für den Einsatz in Afghanistan

Wir stehen zu unserem Engagement in Afghanistan und dem Einsatz der Bundeswehr im Auftrag der Vereinten Nationen. Gerade weil wir es uns mit Entscheidungen über den Einsatz militärischer Mittel nie leicht gemacht haben, sind für uns die genannten Punkte so zentral. Die SPD-

Bundestagsfraktion hat von Beginn des Afghaneinsatzes an deutlich gemacht, dass der Kampf gegen den Terrorismus mit militärischen Mitteln allein nicht zu gewinnen ist und den neuen globalen Bedrohungen auf Dauer nur mit einer konsequenten zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention entgegen gewirkt werden kann. In einem gemeinsamen Entschließungsantrag der damaligen Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen (Drs 14/7513 vom 16.11.2001) stellte der Deutsche Bundestag fest, dass „dem Terrorismus der Nährboden nur entzogen werden kann, wenn die internationale Gemeinschaft ihre Anstrengungen verstärkt, lange schwelende Regionalkonflikte zu lösen, die immer wieder einen Nähr- und Resonanzboden für den Terrorismus bilden“. Diese Erkenntnis hat bis heute Gültigkeit. Insofern fordern wir die Bundesregierung auf, ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet deutlich zu verstärken.

Guttenberg vom eigenen Haus zurückgepfiffen

Verteidigungsminister Guttenberg hat sich in den vergangenen Wochen vor allem durch großspurige Ankündigungen hervorgetan. Zunächst fabulierte er wochenlang von „kriegsähnlichen Zuständen“ in Afghanistan, um Anfang Januar etwas vorschnell anzukündigen, die Bundesregierung werde die Lage in Afghanistan als „nichtinternationalen bewaffneten Konflikt“ einstufen, um damit eine angeblich bislang fehlende Rechtssicherheit für die Soldaten herzustellen. Abgesehen davon, dass Guttenberg damit dem Bundestag noch im Dezember 2009 ein Mandat vorgelegt hätte, das für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr mit einer fragwürdigen Grundlage ausgestattet gewesen wäre, wurde er inzwischen sogar von seinem eigenen Ministerium zurückgepfiffen. So musste das Verteidigungsministerium in einer Antwort auf Anfrage der SPD-Fraktion eingestehen, dass es „nicht in der Entscheidungskompetenz der Bundesregierung (stehe), ob in Nordafghanistan ein nichtinternationaler bewaffneter Konflikt anzunehmen ist“. Somit hat Guttenberg zum wiederholten Mal mehr zur Verunsicherung als zur Versachlichung der Debatte beigetragen.

Diskussion in Fraktion und Partei vertiefen

Die SPD steht zu ihrer internationalen Verantwortung. Verlässlichkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik ist ein hohes Gut, das von uns niemals leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird. Deshalb haben wir mit dem Steinmeier/Gabriel-Papier den Startschuss für eine vertiefte Debatte innerhalb unserer Partei und Fraktion gegeben.

Weiterführende Informationen gibt es hier:
spdfraktion.de/afghanistan

Untersuchungsausschuss befragt Guttenberg im März

Zunächst wird sich der Untersuchungsausschuss in den nächsten Wochen mit den Vorgängen am 4. September 2009 befassen. Ab 18. März beginnt dann die Befragung der militärischen Führungsebene und der politisch Verantwortlichen. Verteidigungsminister Guttenberg wird als erster Zeuge der SPD-Bundestagsfraktion am 18. oder 24. März dem Ausschuss Rede und Antwort stehen.

Bundshaushalt 2010: Schwarz-Gelb vernebelt bis zur NRW-Wahl

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat den Bundshaushalt 2010 vorgelegt. Er sieht Ausgaben von 325,4 Milliarden Euro und Steuer- und sonstige Einnahmen von 239 Milliarden Euro vor. Die Neuverschuldung wird damit auf 86 Milliarden Euro steigen – ein gigantischer Betrag, zu dem weitere 14,5 Milliarden Euro für die Sondervermögen des Bundes aus der Bankenrettung und dem Konjunkturprogramm kommen. Das zusätzliche Defizit der Länder beträgt 34 Milliarden Euro, das der Gemeinden rund 12 Milliarden Euro. Im Klartext: Der Schuldenberg des Gesamtstaates wird um 146 Milliarden Euro wachsen.

Bundesfinanzminister Schäuble hat erklärt, den Haushalt präge die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Das ist zwar richtig. Aber zusätzlich verschärft das schwarz-gelbe Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit 10 Milliarden Euro an Mehrausgaben, davon eine Milliarde Euro als Steuergeschenk für Hoteliers, die Kassenlage. Dessen einzig positive Wirkung scheint sich in Spenden an die FDP auszudrücken. Wir fordern die FDP auf, die Spende zurück zu zahlen und verlangen von der Bundesregierung in einem Gesetzentwurf, das Steuergeschenk für Hoteliers zurückzunehmen. Der FDP sind die Staatsfinanzen gleichgültig: Sie will eine Steuerreform für Reiche, die weitere 20 Milliarden Euro kosten soll. Die 40 Prozent Gering- und Normalverdiener in Deutschland haben davon nichts, im Gegenteil: Sie dürfen die Zeche für die „Besserverdiener“ zahlen. Denn den Gemeinden, den Ländern und dem Bund wird so noch mehr Geld fehlen, das sie für staatliche Leistungen wie Kitas, Schulen, Arbeitsmarktmaßnahmen, gute Polizei und für die Jugendarbeit brauchen. Und die Kanzlerin und ihre CDU machen beim Ausverkauf des Staates fleißig mit.

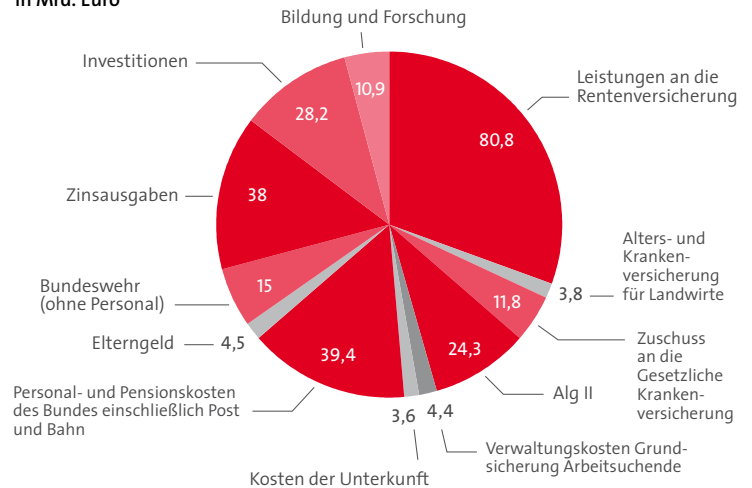
Vor allem aber verschweigen Merkel und Schäuble, wie es weiter gehen soll. Ab 2011 gilt die neue Schuldenbremse. Bis 2016 müssen jedes Jahr 10 Milliarden Euro eingespart werden, rechnet man die Zinsen für die Schulden dazu, sind es sogar 13 bis 15 Milliarden Euro. Dabei sind die meisten Ausgaben des Bundshaushaltes, insgesamt knapp 265 Milliarden Euro, fest gebunden, u.a. als Zuschuss zur Rentenversicherung, für das Arbeitslosengeld II, für Personal, für Zinsausgaben und vieles mehr. Gerade einmal 60 Milliarden Euro stehen zur politischen Gestaltung zur Verfügung.

Entweder muss die Bundesregierung hart sparen oder ihre Einnahmen erhöhen. Da Merkel Steuererhöhungen ausgeschlossen hat, bliebe wohl nur, die Sozialversicherungsbeiträge zu erhöhen. Mehr für die Krankenversicherung, mehr für die Arbeitslosenversicherung, aber laut Koalition nur für Beschäftigte, nicht für Arbeitgeber. All das soll natürlich vor der Landtagswahl in NRW am 9. Mai nicht gesagt werden. Vielleicht gelingt es sogar, sich über 2011 mit ein paar haushalterischen Tricks zu retten. Den Bürgerinnen und Bürgern aber vorzugaukeln, dass sich insgesamt knapp 60 Milliarden Euro bis 2013 ohne harte Einschnitte realisieren lassen, ist verlogen. Und das Hoffen auf ein besseres Wirtschaftswachstum gehört ins Märchenreich: Über 10 Prozent müsste die Wirtschaft wachsen, damit Merkel und Schäuble aus der Bredouille wären.

Alle Ministerinnen und Minister haben während der 1. Lesung des Haushalts Wohltaten angekündigt. Bundesbankpräsident Prof. Weber warnte gleichzeitig vor einer mehr als kritischen Situation für die öffentlichen Finanzen und sagte ehrlich, dass tiefe Einschnitte nicht vermeidbar sind. Das gilt erst recht, wenn die Zinsen für die Bundesschulden steigen. Und die Bundesregierung? Verschweigen und verunsichern, in der Hoffnung, sich über den Wahltermin zu retten. Die Versprechen, ihre Kraft zum Wohle des Volkes einzusetzen, scheinen vergessen.

Welche Beträge stehen realistischerweise nicht mehr für Einsparungen zur Verfügung?

in Mrd. Euro



Richtige Lehren aus Kopenhagen ziehen

Die 15. Weltklimakonferenz ist ohne ein rechtsverbindliches, globales Klimaabkommen, auf dessen Basis die Völkergemeinschaft der Erderwärmung die Stirn bieten könnte, auseinandergegangen. Unser umweltpolitischer Sprecher Dr. Matthias Miersch und unser Berichterstatter für Klimaschutz Frank Schwabe sind optimistisch nach Kopenhagen gefahren. Sie haben sich zusammen mit Kollegen vom Europäischen Parlament in vielen Gesprächen mit Parlamentariern anderer Länder für gemeinsame Lösungen eingesetzt. Sie mussten am Ende feststellen, dass zurzeit alle Wege zu einem neuen Abkommen verbarrikadiert sind. Gleichwohl ist klar: der Klimawandel muss als größte Herausforderung unserer Zeit weiter ganz oben auf der internationalen Agenda stehen.

EU und Deutschland haben Chancen verspielt

Kopenhagen ist am Unvermögen der Verhandlungspartner gescheitert, eine gemeinsame globale Politik zu entwickeln. Die Verhandlungsdominanz der Industrieländer wurde in Frage gestellt. Die großen Schwellenländer China und Indien haben sich zu selbstbewussten und gleichberechtigten Akteuren entwickelt. Die afrikanischen Staaten und die massiv bedrohten kleinen Inselstaaten sind nicht mehr bereit, die Folgen des Klimawandels, den sie selbst nicht zu verantworten haben, bedingungslos zu tragen. Die Europäische Union und Deutschland haben durch ihr langes Zögern sowohl beim CO₂-Reduktionsziel als auch bei den Finanzierungszusagen versäumt, den Verhandlungsprozess voranzubringen.

Merkels Taktik, erst in der letzten Phase Angebote zu machen, ist nicht aufgegangen. Und nicht ohne Grund wurde Deutschland erstmalig wegen seiner Haltung, finanzielle Hilfen im Klimaschutz nicht zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit leisten zu wollen, zum „Fossil of the Day“ gekürt. Die Rolle der Europäer war marginal, obwohl sie durch ein Angebot ohne Zusatzbedingungen vor allem die Schwellenländer als Partner hätten gewinnen können. Zuletzt haben die USA und die großen Schwellenländer das Heft in die Hand genommen, aber keine Lösung gefunden. Präsident Obama hat es noch nicht geschafft, seine Klimagesetze durch den Kongress zu bringen und konnte keine Zusagen machen. China entpuppt sich immer deutlicher als Bremser, der sich nicht in die Karten schauen lässt.

Wir suchen Beispiele von unseren Leserinnen und Lesern, wie sie in ihrem Alltag Maßnahmen für den Klimaschutz ergreifen. Wir wollen sie in der kommenden Ausgabe veröffentlichen. Schreibt uns unter redaktion@spdfraktion.de

EU und Deutschland müssen Führungsrolle übernehmen

Die Suche nach Verantwortlichen für das Scheitern der Konferenz darf nicht überdecken, dass die deutsche und europäische Klimaschutzstrategie nun einer Neuausrichtung bedarf. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag ins Parlament eingebracht. Die EU muss sich weiterhin zum Konzept des Multilateralismus bekennen und das Prinzip des Verhandeln unter dem Dach der Vereinten Nationen stärken. Gleichzeitig muss sie sich intensiver mit einzelnen Staaten abstimmen. Sie muss eine durchsetzungsstarke Führungsrolle übernehmen, um z. B. rein ideologisch motivierte Blockaden einiger Länder zu beenden. Die EU muss aktiv dafür sorgen, dass bis Ende 2010 ein rechtsverbindliches und ambitioniertes Klimaschutzabkommen beschlossen wird.

Gute Voraussetzungen in Deutschland nutzen

Als Konsequenz aus Kopenhagen muss Deutschland gemeinsam mit der EU Vorreiter für ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen sein und wieder mehr Glaubwürdigkeit gegenüber den Schwellen- und Entwicklungsländern aufbauen. Merkels Regierung muss zeigen, dass wirtschaftliche Entwicklung und ökologische Erneuerung kein Gegensatz sind und wirksame technische und finanzielle Zusammenarbeit anbieten. Deutschland hat mit dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) unter der rot-grünen Bundesregierung und mit dem Integrierten Energie- und Klimaprogramm (IEKP) unter der schwarz-roten Bundesregierung die Weichen richtig gestellt. Diese Ausgangsposition muss unverzüglich durch langfristige gesetzliche Klimaschutz-Verpflichtungen und ausreichende Maßnahmen zur Erreichung der selbst gesteckten Klimaschutz-Ziele untermauert werden.

Kinderschutz wirksam verbessern

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag mit Eckpunkten für ein umfassendes Kinderschutzkonzept in den Bundestag eingebracht, der am 28. Januar im Parlament beraten wurde. Damit sind wir den Ankündigungen von Familienministerin Köhler einen entscheidenden Schritt voraus. Uns geht es vor allem darum, Eltern zu stärken, um Überforderungen zu vermeiden und das Kindeswohl von Anfang an zu schützen.

Immer wieder erschrecken uns Meldungen über Kindesvernachlässigung, Kindesmissbrauch und Kindesmisshandlung. Damit Kinder besser vor Gefahren geschützt sind, ist ein umfassendes Gesamtkonzept nötig. Purer Aktionismus hilft nicht weiter. Dazu haben wir Eckpunkte für eine wirksame Weiterentwicklung des Kinderschutzes und für eine Stärkung präventiver Angebote (sog. Frühe Hilfen) vorgelegt. Aus unserer Sicht und der vieler Expertinnen und Experten ist und bleibt der wirksamste Schutz gegen die Gefährdung des Kindeswohls die frühzeitige Stärkung und Förderung von Eltern und ihrer Kinder.

Wirksamer Kinderschutz von Anfang an

Der Ansatz von Ministerin Köhler geht uns nicht weit genug. Die Union will einen reinen Reparaturbetrieb und blendet den präventiven Gedanken komplett aus. Denn warum sonst hat die Union das von Experten lange geforderte Präventionsgesetz in der Vergangenheit blockiert?

Entscheidend ist eine frühe Förderung und Unterstützung von Familien, damit es gar nicht erst zu einer Kindeswohlgefährdung kommt. Wir brauchen eine enge Verzahnung der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Gesundheitswesen. Die Beratung und Unterstützung der Eltern beginnt schon vor der Geburt. Des Weiteren setzen wir auf eine bessere und engere Zusammenarbeit von Jugendämtern, Ärzten, Behörden, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Zur besseren Vorbeugung gegen Kindesgefährdung sollen Kitas zu Eltern-Kinderzentren mit breitem Beratungsangebot ausgebaut werden. Wir stellen die Kinder und ihr gesundes Aufwachsen in den Mittelpunkt. Als Grundlage dafür sollen die Kinderrechte endlich im Grundgesetz verankert werden. Darin soll jedem Kind ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und auf den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung zugesichert werden.



Schwarz-gelbe Steuergeschenke konterkarieren Kinderschutz

Wir widersprechen der früheren Familienministerin von der Leyen, die behauptet hatte, der Kinderschutz ließe sich „kostenneutral“ verbessern. Guten Kinderschutz gibt es nicht zum Nulltarif, er braucht eine gute soziale Infrastruktur. Dazu ist ein handlungsfähiger und ausreichend finanzierter Staat unerlässlich. Deshalb fordern wir von der Regierung, alle gesetzgeberischen Maßnahmen wie Steuergeschenke an ihre Klientel zu unterlassen oder rückgängig zu machen. Sie schwächen die Finanzkraft von Bund, Ländern und Kommunen und konterkarieren damit einen wirksamen Kinderschutz.

Regierung muss Prävention ausbauen

Außerdem erwarten wir von Schwarz-Gelb einen Gesetzentwurf, der den Kinderschutz und die Prävention im Kinderschutz wirksam verbessert. Die Regierung soll bestehende Lücken in bundesgesetzlichen Regelungen schließen, die eine Prävention von Kindesvernachlässigung und -misshandlung, eine Stärkung früher Förderung und Hilfen sowie die Förderung eines gesunden Aufwachsens erschweren. Zudem sollen die Statistiken zu Fällen von Kindeswohlgefährdung verbessert werden. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Kinderschutzes bedarf fundierter wissenschaftlicher Grundlagen, auch um etwaige Fehlentwicklungen zu korrigieren und Qualitätsstandards zu verbessern.

In der Großen Koalition war das Vorhaben eines Kinderschutzgesetzes gescheitert, da die Union anstatt vorbeugende Maßnahmen in den Mittelpunkt zu stellen, auf Kontrolle und Repression setzte. Dies lehnten zahlreiche Expertinnen und Experten ab.

Eine BAföG-Garantie für 100.000 zusätzliche Studierende

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Forderungen des DGB und des Deutschen Studentenwerkes für eine deutliche Anhebung des BAföG. Mit einer Erhöhung der Einkommensfreibeträge um 10 Prozent würden rund 100.000 Studierende mehr als bisher einen BAföG-Anspruch erhalten.

Viele Studentinnen und Studenten bekommen kein BAföG, weil ihre Eltern zu viel verdienen – aber zu wenig, um ihren Kindern ein Studium zu bezahlen. Die von der Bundesregierung angekündigte kleine BAföG-Anpassung ist völlig unzureichend, um Abhilfe zu schaffen. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, rasch ein Gesetz für eine große BAföG-Novelle vorzulegen, damit schon zum Wintersemester 2010/11 mehr Studierende einen ausreichenden Anspruch auf Studienförderung erhalten.

Eine solche BAföG-Garantie für weitere 100.000 Studentinnen und Studenten wäre schneller umsetzbar, sozial gerechter und für die Studierenden deutlich verlässlicher als das von Union und FDP angekündigte Stipendien-Programm. Die schwarz-gelben Stipendienpläne sind sozial unausgewogen und mit einem hohen bürokratischen Aufwand bei den Hochschulen verbunden, die die Gelder bei Unternehmen einwerben sollen. Außerdem ist völlig unklar, ob die Wirtschaft bereit ist, sich überhaupt in nennenswertem Umfang zu beteiligen.

Für uns ist klar: Bildung muss gebührenfrei sein – von der Kita bis zum Master-Abschluss. Und diejenigen, die sich gute Bildung aus eigenen Mitteln nicht leisten können, müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat sie unterstützt. Der einzige Weg zu mehr Chancengleichheit im Studium lautet: Studiengebühren abschaffen, BAföG ausbauen.

Mittelkürzung beim Kampf gegen Rechtsextremismus?

Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit hat die CDU-Ministerin Köhler angekündigt, bei den Bundesmitteln zur Bekämpfung von Rechtsextremismus umschichten zu wollen. Links- und Rechtsextremismus seien „gleich gefährlich“, betont sie.

Wichtige Fakten blendet sie dabei aus: Das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ und andere Programme richten sich schon heute gegen alle Formen von Antisemitismus und Rassismus. Aus gutem Grund hat die Bundesregierung aber in der Vergangenheit den Schwerpunkt auf den Kampf gegen Rechtsextremismus gelegt: Er ist in der Bundesrepublik die gefährlichste Extremismusart. Das Bundeskriminalamt stellt einen Anstieg rechtsradikaler Gewalt in allen Bundesländern fest, der BKA-Präsident spricht von „exzessiver Brutalität“ bei rechter Gewalt.

Damit klar ist: Der Kampf gegen Extremismus jeglicher Art ist konsequent zu führen. Rechts- und Linksextremismus gleichzusetzen heißt aber, die von dem Rechtsextremismus ausgehende Gefahr zu verharmlosen.

Vorerst wagt die Bundesregierung noch nicht, die Sparaxt an die derzeit laufenden Bundesprogramme anzulegen. Die geplanten neuen Pilot-Programme gegen Linksextremismus und Islamismus sollen aus einem anderen Geldtopf gefördert werden. Aber es ist zu befürchten, dass Schwarz-Gelb nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen die wahren Sparpläne hervorholt – und auch beim Kampf gegen Rechtsextremismus kürzt.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert beim Kampf gegen Rechtsextremismus eine Förderung langfristiger Strukturen. Sie tritt für eine Bundesstiftung gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ein, damit Projekte in der Präventionsarbeit längerfristig geplant werden können.

Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene

Mit dem Vertrag von Lissabon, der im Dezember 2009 in Kraft getreten ist, besteht erstmals die Möglichkeit eine „Europäische Bürgerinitiative“ in den 27 Mitgliedsländern durchzuführen. Erforderlich hierfür sind mindestens eine Million Unterschriften, die in mehreren Ländern der EU gesammelt werden müssen.

Ungeklärt ist bislang das Verfahren. Die Europäische Kommission hat deshalb Ende 2009 zu einem Konsultationsverfahren aufgerufen, um zu ihren Vorschlägen Stellung zu beziehen.

Die Europäische Bürgerinitiative ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern endlich, sich direkt an der Gestaltung europäischer Politik zu beteiligen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb eine verständliche und unbürokratische Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative, damit möglichst viele Menschen davon profitieren. Unsere Stellungnahme sieht Änderungen vor, um die demokratische Rückkopplung auf EU-Ebene zu verbessern.

Wir unterstützen die Forderung des Europäischen Parlaments, die Mindestzahl der Mitgliedstaaten, aus denen die Bürgerinnen und Bürger kommen

müssen, auf ein Viertel der Staaten zu begrenzen. Mit einem niedrigen Quorum von 0,1 Prozent der Bevölkerung der Mitgliedstaaten sollen Erschwernisse wie Sprachbarrieren auf EU-Ebene reduziert werden. Die Anforderungen an die Bürgerinitiative sollen nach jeweiligen nationalen Vorgaben geregelt werden. Um etwaige Abhängigkeiten offenzulegen, sollen die Organisatoren von Bürgerinitiativen verpflichtet werden, ihre Geldgeber offen zu legen. Wir fordern auch, dass eine erfolgreiche Initiative konkretes Handeln der EU-Kommission nach sich zieht.

Unsere Stellungnahme ist online:

spdfraktion.de/europaeische-buergerinitiative



Sexuelle Identität im Grundgesetz schützen

Wir setzen uns dafür ein, dass der Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität in das Grundgesetz aufgenommen wird. Es geht vor allem um die Stärkung der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, transsexuellen und intersexuellen Menschen. Ein ausdrückliches Diskriminierungsverbot im Grundgesetz schafft eine klare Maßgabe für den Gesetzgeber.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben sich 1949 aufgrund der furchtbaren Erfahrungen in der Zeit des Nazi-Regimes dafür entschieden, in Artikel 3 Absatz 3 zu verankern, welche persönlichen Merkmale als Anknüpfungspunkt von Diskriminierung schlechthin ausscheiden: Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, Glauben, religiöse und politische Anschauungen.

Dabei hat man damals zwei Opfergruppen der NS-Zeit übergangen: Behinderte und Homosexuelle. Mit der Reform des Grundgesetzes wurde 1994 das Verbot der Benachteiligung aufgrund von Behinderung aufgenommen. Auch für ein Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität gab es damals schon eine Mehrheit, wenn auch nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit.

Nachdem sich der Bundesrat Ende 2009 mit seiner Mehrheit aus Union und FDP in beschämender Weise einem entsprechenden Antrag verweigert hat, ist die SPD-Bundestagsfraktion tätig geworden. In der Abstimmung über unseren Gesetzentwurf im Bundestag wird sich zeigen, was von den vielen Bekenntnissen der FDP zum liberalen Rechtsstaat und zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften zu halten ist.

Zusatzbeiträge: Schwarz-Gelb lässt Versicherte allein die Zeche zahlen

Millionen von gesetzlich Versicherten drohen 2010 Zusatzbeiträge der Krankenkassen. Das ist ein Ergebnis schwarz-gelber Klientelpolitik und ein Vorgeschmack auf die große Kopfpauschale von Union und FDP.

In Zeiten einer beispiellosen Wirtschaftskrise lässt Schwarz-Gelb Beschäftigte, Rentner und Rentnerinnen allein die Lasten schultern. Sie sollen die kleine Kopfpauschale zahlen. Gleichzeitig steigen die Ausgaben für Arzneimittel (+ 5,2%), für Ärzte (+ 8,9%) und für Krankenhäuser (+ 6,4%).

Auch die Krankenkassen stimmen mit uns überein, dass schnelle Ausgabenbegrenzungen nötig sind. Gesundheitsminister Rösler hätte längst handeln können und müssen, statt leere Phrasen

zu dreschen. Seine Untätigkeit füllt die Taschen der Lobbys. Die Zeche zahlen die kleinen Leute. Dafür muss Schwarz-Gelb die Verantwortung übernehmen.



Gesundheitsminister Rösler: Bauchredner der Pharmakonzerne und Privaten Krankenversicherung

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern*** erscheint am 7. April 2010.

Union hat Urheberrecht auf Zusatzbeiträge

Die gesetzliche Grundlage für die Erhebung von Zusatzbeiträgen ist mit der Gesundheitsreform der Großen Koalition 2007 geschaffen worden. Falsch ist, die Zusatzbeiträge Ulla Schmidt und der SPD zuzuordnen. Sie sind von der Union durchgesetzt worden. Da die Reform ein Kompromiss zwischen der Bürgerversicherung der SPD und der Kopfpauschale der Union war, mussten wir dies schlucken. Sonst hätten wir z. B. die Öffnung hochspezialisierter Krankenhausambulanzen für gesetzlich kran-

kenversicherte Schwerkranke nicht durchsetzen können. CDU/CSU wollten, dass diese weiterhin nur privat Versicherten offen stehen. Obwohl wir die Zusatzbeiträge nicht stoppen konnten, haben wir zumindest Sicherungen eingezogen, um eine noch ungerechtere Belastung der Versicherten zu vermeiden. So dürfen die Zusatzbeiträge z. B. nicht mehr als ein Prozent des beitragspflichtigen Einkommens eines Mitglieds betragen.

Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit müssen die Zusatzbeiträge abgeschafft werden. Dafür hat sich die SPD bereits 2009 ausgesprochen. Beschäftigte und Arbeitgeber müssen wieder zu gleichen Teilen und gemeinsam die Beiträge für die Krankenkassen aufbringen. Dazu werden wir einen Antrag ins Parlament einbringen. Unser Ziel ist und bleibt die solidarische Bürgerversicherung.

Mehr Informationen: spdfraktion.de/zusatzbeitraege

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

VERANTWORTLICH: PETRA ERNSTBERGER MDB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

REDAKTION: ANJA LINNEKUGEL

TEXTE: HEIDEMARIE APEL-SCHMELTER, ROBERT ERNECKER,
NICOLE GROSS, NICOLA HELLER, STEFAN HINTERMEIER, DIRK VON
DER HUDE, ANJA LINNEKUGEL, HEIKO MAU, DIRK SAWITZKI,
THORSTEN SCHOLZ, STEFAN SCHUTZ, CHRISTIAN UNGER

FOTOS UND ILLUSTRATIONEN: BILDERBOX (S. 5, 13, 15), GRAFIKEN
JUDITH MILLER (S. 6, 11), PICTURE-ALLIANCE/DPA (S. 16), KLAUS
VHYNALIK (TITEL)

REDAKTIONSANSCHRIFT:

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

- ÖFFENTLICHKEITSARBEIT -

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TELEFON: 030 / 227-530 48

TELEFAX: 030 / 227-568 00

E-MAIL: REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

INTERNET: WWW.SPDFRAKTION.DE

GRAFIK UND LAYOUT: S. VOORWINDEN / J. MILLER

DRUCK: BRAUNSCHWEIG-DRUCK

ADRESSÄNDERUNGEN UND BESTELLUNGEN

VON VERÖFFENTLICHUNGEN:

TELEFON: 030 / 227-571 33

TELEFAX: 030 / 227-568 00

E-MAIL: OEFFENTLICHKEITSARBEIT@SPDFRAKTION.DE

ODER DIREKT IM INTERNET